

DEUTSCHLAND=UNION=DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postfachkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 7 / 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 12. Januar 1949.

Seite 1

Die Informationen des Tages
=====

Personelles

Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Josef Müller, eingestellt, da die Untersuchung ergab, daß sich Dr. Müller nicht der räuberischen Erpressung schuldig gemacht habe, deren er von Rechtsanwalt Dr. Gaab, dem Verteidiger Loritz, bezichtigt wurde.

Flüchtlingswesen

Zum Leiter des Hauptausgleichsamtes für den Lastenausgleich ist Dr. Hans Lukaschek (CDU), der jetzige Vizepräsident des bizonalen Obergerichtes, in Aussicht genommen. Dr. Lukaschek war früher Oberpräsident in Breslau.

Ostzone

Die Verbreitung von sogenannten "Wennecke-Witzen" soll, wie die sächsische CDU-Zeitung "Union" mitteilt, auf Grund einer Verordnung der NKWD mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden. In der Begründung heißt es, die Anordnung sei "zum Schutze der Arbeitsmoral der deutschen Bevölkerung" erlassen worden.

In Falkensee, einer Grenzgemeinde von Berlin, wurde der zweite Bürgermeister Hermann Neumann (CDU) verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Dort ist der kerngesunde Mann 48 Stunden später an den Folgen des NKWD-Verhörs verstorben. Seine Zellengenossen wurden auffälligerweise sofort in andere Gefängnisse verbracht.

Justizminister Loch (Ost-LDP) hat dem Wunsche der SED entsprechend dem Tischlergesellen Staudner (SED), der es nach dem Ausscheiden aus seinem Beruf im Jahre 1944 bis zum Oberbürgermeister von Arnstadt gebracht hatte zum Generalstaatsanwalt des Landes Thüringen berufen.

Kommunalpolitik

Wieder "Kommunalpolitische Blätter"

Mit einem bedeutsamen Geleitwort Dr. Adenauers sowie anderer führender Kommunalpolitiker der CDU/CSU und einer ausgezeichneten Aufsatzreihe zu den Problemen der kommunalen Politik ist im Kommunalverlag GmbH. Recklinghausen soeben die erste Nummer der Kommunalpolitischen Blätter erschienen. Lizenzträger der neuen Zeitschrift, die zugleich Organ der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und derⁿ dieser zusammengefaßten Kommunalpolitischen Vereinigungen ist, sind Stadtv. Wilhelm Bitter (Recklinghausen), Bürgermeister Alois Feldmann, MdL. (Geseke) und Landesgeschäftsführer Dr. Hans Schreiber (Köln). Die Schriftleitung liegt in den Händen des bewährten kommunalpolitischen Redakteurs Albert Frese.

Die Entschlüsse von Königswinter.

Wir bringen nachstehend den Wortlaut der Entschlüsse, die am 8./9.1.49 auf der Tagung der CDU/CSU in Königswinter gefaßt wurden.

Am 8. und 9.1.1949 versammelten sich im Adam Stegerwald-Haus in Königswinter der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, die Vorsitzenden sämtlicher Landesverbände und Landtagsfraktionen, die der CDU/CSU angehörenden Ministerpräsidenten und stellvertretenden Ministerpräsidenten, die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates und des Wirtschaftsrates, der Präsident des Wirtschaftsrates und der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie die Direktoren des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu einer Arbeitstagung, um zu den aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Dabei wurden folgende Entschlüsse gefaßt:

Zur Arbeit des Parlamentarischen Rates

Nach eingehender Aussprache wurde erneut einstimmig festgestellt, daß für die CDU/CSU nur ein echter bundesstaatlicher Aufbau des neuen Deutschlands in Frage kommt. Um diesen Gedanken zu verwirklichen, wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Neben dem vom Volk gewählten Bundestag soll ein echter Bundesrat als Vertretung der Länder gleichberechtigt bei der Gesetzgebung mitwirken.
2. Erneute Überprüfung des Katalogs der Vorranggesetzgebung des Bundes mit dem Ziel, dem Bund diejenigen Sachgebiete zuzuweisen, deren Regelung notwendigerweise bundeseinheitlich erfolgen muß. Insbesondere muß den Ländern das Recht vorbehalten bleiben, die Rechtsverhältnisse ihrer Landes- und Gemeindebeamten unter Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums selbständig zu regeln.
3. Auf dem Gebiete des Finanzwesens wird die bisherige Regelung der Bundesgesetzgebung sowie die vorgesehene Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern als geeignete Grundlage einer gerechten Lösung angesehen. Es wird an dem Grundsatz der Verwaltung der Steuern durch die Länder festgehalten und eine Bundesfinanzverwaltung mit eigenem Unterbau abgelehnt. Soweit die Länder Steuern des Bundes verwalten, ist dem Bund ein ausreichendes Weisungs- und Kontrollrecht einzuräumen.
4. Auf kulturpolitischem Gebiet wird der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit, Schutz von Ehe und Familie sowie die Verankerung des Elternrechts im Staatsgrundgesetz gefordert. Die Rechtsstellung der Kirchen ist unbeschadet der Kulturhoheit der Länder unter sinngemäßer Anwendung der in der Weimarer Verfassung getroffenen Regelung sowie unter Aufrechterhaltung der mit den Kirchen abgeschlossenen Verträge zu sichern.

Für Berufsbeamtentum

Die CDU/CSU hält an dem Grundsatz des Berufsbeamtentums fest. Es wird gefordert, daß die Neugestaltung des Rechts der Bundesbeamten den demnächstigen Bundesorganen vorbehalten bleibt. Daher muß jede präjudizierende bizonale gesetzliche Regelung des Beamtenrechts unterbleiben.

Vertrauen für Adenauer

Die CDU/CSU dankt dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, für seine im Interesse des deutschen Volkes unter schwierigsten Umständen geleistete Arbeit und spricht ihm ihr vollstes Vertrauen aus.

Zur Frage der Sicherheit

Zu den völkerrechtlich anerkannten Grundrechten eines Volkes gehört das Recht auf Sicherheit. Das deutsche Volk hat wie jedes Volk einen unabwehrbaren Anspruch auf dieses Recht.

Deutschland kann sich aus eigenen Kräften nicht schützen. Die Sicherheit Deutschlands und ihr Schutz ist zugleich ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Ordnung. Sie muß dadurch gewährleistet werden, daß Deutschland in eine kollektive Organisation des Friedens und der Sicherheit einbezogen wird.

Solange Deutschland völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist, obliegt den Besatzungsmächten die treuhänderische Verantwortung für den Schutz der deutschen Sicherheit.

Entschließung zum Ruhr-Statut

Das Ruhr-Statut bedeutet eine einseitige schwere Belastung der freien Verfügung des deutschen Volkes über seinen wertvollsten wirtschaftlichen Besitz, nachdem ihm bereits die Verfügung über den schlesischen, mitteldeutschen und saarländischen Kohlenbesitz entzogen ist. Diese Belastung kann mit dem erstrebten Ziel einer europäischen Wirtschaftszusammenarbeit auf die Dauer nur dann vereinbart werden, wenn der Gedanke an die Kontrolle der Wirtschaftskraft eines Volkes auf übernational genossenschaftlicher Grundlage erweitert wird.

Das deutsche Volk wünscht im Rahmen einer solchen wahrhaft europäischen Gemeinschaft mitzuarbeiten, deren Schaffung allein die Vorleistung rechtfertigen könnte, die dem deutschen Volke durch das ihm auferlegte Ruhr-Statut zugemutet wird.

Das deutsche Volk gibt der Erwartung Ausdruck, daß die dem Wiederaufbau und der Mehrung seiner sozialen Wohlfahrt zugewandten Energien durch die Handhabung des Ruhrstatuts keine Behinderung oder Schwächung erfahren darf.

Soziale Marktwirtschaft

Die Versammlung billigte die vom Verwaltungsrat und den einzelnen Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eingeschlagene Politik der sozialen Marktwirtschaft. Gegenüber einer behördlich-bürokratischen Bevormundung der Menschen und der dadurch bedingten starren mechanischen Ordnung des öffentlichen Lebens, erblickt die Versammlung in der sozialen Marktwirtschaft, die eine organische und gerechte Ordnung zum Ziele hat, die Grundlage der wirtschaftlichen, sozialen und seelischen Gesundheit unseres Volkes.

In diesem Zusammenhang nahm die Versammlung nach Erklärungen des Verwaltungsrates mit Genugtuung davon Kenntnis, daß auf Grund der sich anbahnenden Entwicklung und der weiter eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Produktion und der Preisgestaltung die

Sicherheit gewährleistet erscheint, daß die noch bestehenden sozialen Spannungen, insbesondere zwischen Löhnen und Preisen, überwunden werden.

Zur Kriegsgefangenen-Frage

Noch heute, 4 Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten, werden Hunderttausende von deutschen Soldaten als Kriegsgefangene und Hunderttausende sonstige deutsche Männer und Frauen im russischen Machtbereich festgehalten. Das deutsche Volk ist nicht verantwortlich für die Verzögerung des Friedensschlusses. Es fordert nunmehr endlich die Rückkehr seiner ehemaligen Soldaten und sonstigen Gefangenen. Es stellt fest, daß es sich damit auf den Boden des positiven Rechtes und des Naturrechtes befindet, das selbst dann gelten würde, wenn keine völkerrechtlichen Abmachungen erfolgt wären. -

Die Moskauer Konferenz hat auf Grund eines Beschlusses der vier Außenminister zugesagt, daß "bis zum 31. Dezember 1948 alle ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und der angeschlossenen Organisationen entlassen werden sollen".

Die CDU/CSU betrachtet es als eine Ausflucht, wenn von sowjetischer Seite versucht wird, die Nichteinhaltung dieser feierlichen Verpflichtung mit dem Fehlen eines formellen Kontrollratsbeschlusses zu begründen. Die weitere Festhaltung der deutschen Gefangenen ist ein flagranter Verstoß gegen die Pflichten der Menschlichkeit.

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr.64.
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung JS/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., I/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
